UNIVERSITETET
I OSLO

 Institutt for litteratur, områdestudier og europeiske språk

**Hjemmeeksamen**

**2012/VÅR**

**Bokmål**

**8 sider (inkl. 7 sider vedlegg)**

**TYSK1504 Tysk områdekunnskap: Ny begynnelse og endring – Tyskland fra 1945–1989**

**Vedlegg: 1–11**

**3 dager 04.–07.06.2012**

**Besvarelsen leveres i Fronter i emnets fellesrom i mappen "Eksamensinnlevering" som stenger kl. 12.00 på innleveringsdagen.**

**Besvarelsens forside skal inneholde: kandidatnummer (hentes fra StudentWeb), emnekode, emnenavn, semester, år og oppgavens tittel. IKKE kandidatens navn! Alle sider skal nummereres.**

**OPPGAVEMAL for oppsett av oppgaven og utfyllende informasjon om innlevering i Fronter finnes i instituttets leveringsinstruks.**

**Lenke til leveringsinstruksen finnes i innleveringsmappen i Fronter.**

--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

*Studentene besvarer én oppgave på tysk.*

*Studentene skriver 5***–***6 sider á 2300 tegn med mellomrom.*

Enten

Erläutern Sie die Aufgaben und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Rahmen des politischen Systems der DDR. Nehmen Sie dabei auch Bezug auf den im Unterricht besprochenen Film “Das Leben der Anderenˮ. Sind Ihnen Persönlichkeiten der Öffentlichkeit bekannt, die direkt oder indirekt von der Stasi überwacht wurden? Erläutern Sie auch die Aktivitäten des MfS am Beispiel Guillaumes in der Bundesrepublik. (Vedlegg 1–5)

Eller

Erläutern Sie die wichtigsten Gründe für den Fall der Mauer im Jahre 1989. In welcher Weise haben sich die Menschen in der DDR im Zuge der Revolution verändert? Welche Wege standen Gesellschaft und Staat der DDR am 9. November 1989 für die Zukunft offen? (Vedlegg 6–11)

**Hvis du ønsker begrunnelse: Ta kontakt med din faglærer på e-post innen én uke etter at sensuren er kunngjort i StudentWeb. Oppgi navn og kandidatnummer. Sensor bestemmer om begrunnelsen skal gis skriftlig eller muntlig.**

***Vedlegg 1–5***

1. KSZE-Schlussakte Korb 3

Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten.

Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen.

*Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte Helsinki. 15. August 1975, S. 970.*

**2. Jürgen Fuchs: Jetzt bin ich raus, jetzt**

Kann ich erzählen

Wie es war

Aber das

Läßt sich nicht erzählen

Und wenn

Müßte ich sagen

Was ich verschweige

Zum Beispiel

Daß ich am 17.12.1976 in meiner

Zelle saß

Mit dem Rücken zur Tür

Und weinte

Weil ich am Vormittag das Angebot abgelehnt hatte

Mit ihnen zusammenzuarbeiten

Und du weißt

Was es heißt, mit ihnen zusammenzuarbeiten

*Jürgen Fuchs: Tagesnotizen, Gedichte, © Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 23, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): “Das Leben der Anderen*ˮ *von Florian Henckel von Donnersmarck. Deutschland 2005. Filmheft. Bonn 2006.*

3. Täter-Opfer-Problematik

Alle Täter sind zugleich auch Opfer. Viele Opfer sind gleichzeitig Täter oder zumindest potentielle Täter. Dadurch entstand ein unauflösliches System von Abhängigkeiten, eine Art Komplizenschaft. Und es entstand die Herrschaft der Apparate.

DDR-Filmregisseur Frank Beyer am 23. November 1989. DER SPIEGEL, 6/1990, S. 60.

**4.** Schild und Schwert der Partei

In den Worten von Egon Krenz, 52, lange Jahre Sicherheitschef der Staatspartei SED, der am 18. Oktober Honecker gestürzt und einen Monat später auch Mielke entmachtet hatte: ”Unter der Leitung des alten Sicherheitsapparates ist die gesamte Gesellschaft verwaltet und der Bürger entmündigt worden.” Und: “Die Staatssicherheit war ein Staat im Staate.”

Im Jahr nach “1984”, für das George Orwell seine Vision vom großen, allmächtigen, allwissenden Bruder Staat gezeichnet hatte, erhielt Mielke seine “Dienstanweisung 2” über Maßnahmen zur “vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeiten”. Damit wurde “eine totale flächendeckende Überwachungsarbeit angestrebt”, so der Regierungsbeauftragte für die Stasi-Auflösung, Manfred Sauter, in seinem Zwischenbericht für den DDR-Ministerrat vom 15. Januar.

In der Tat hatte Mielke mit Honeckers Segen ein flächendeckendes Netz über das Land gelegt. Die darin zappelnden waren Andersdenkende – sie wurden zur Räson gebracht; Nörgler – sie wurden erfasst und gemaßregelt; Oppositionelle – sie wurden eingeschüchtert und außerhalb rechtsstaatlicher Normen bestraft; alle Bürger sollten wissen, dass Freiräume zur eigenen Entfaltung in dieser Sorte des real existierenden Sozialismus nicht vorgesehen waren. Sie hatten davon auszugehen, dass jede ihrer Regungen registriert, kontrolliert, gespeichert und verfolgt wurde.

Sie sollten sich so verhalten, dass der Staat im Staate, die Stasi-Truppe innerhalb des SED-Apparats, mit den leitenden Greisen an der Spitze keinen Grund zur Beanstandung sah – gehorsam, duckmäuserisch, petzend. Bürger degenerierten zu Denunzianten, junge Leute zu angepassten Mitläufern. Kritiker wurden zu Kriminellen erklärt, ein – ohnehin geteiltes – Land erneut geteilt: in Schnüffler und Ausgeforschte, in Jäger und Gejagte, in Täter und Opfer. Den Opfern, die von den Krakenarmen der Stasi umfangen waren, blieb oft nur die Anpassung; die Unterdrückung schuf sich neue Helfer. Deren wichtigster: die allgegenwärtige Angst …

Der große Bruder war überall und vergaß nichts. Das Heer der Spitzel und Zuträger, “inoffizielle Mitarbeiter” (IM) genannt, trug Uniform und Zivil. Stasi-Schnüffler traten als Zöllner und Kellner, Soldaten und Zeugen Jehovas auf. Es gab Theologiestudenten, denen die Stasi gegen Informationen aus der Universität das Studium bezahlte – eine Investition mit Langzeitperspektive. Denn das Schnüffel-Amt gab sich damit nicht zufrieden. Erst nach dem Examen wurden diese Kirchenleute für die Sicherheitsfanatiker richtig wertvoll – mit Tipps und Hinweisen aus den Kirchen, dem einzigen nichtstaatlichen Raum, der Andersdenkenden offen stand. Inoffizielle Mitarbeiter hielten als Reiseleiter oder Zimmermädchen, als Zugschaffner oder Stewardessen, die Augen und Ohren offen, sie bespitzelten Touristen, DDR-Bürger, Kollegen und manchmal wechselseitig sich selbst. Sogar im Knast war niemand vor ihnen sicher: Gute Informationen über Mithäftlinge zahlten sich immer aus – wer spurte, konnte damit rechnen, wegen guter Führung vorzeitig entlassen zu werden.

Bis in die Rock- und Popmusik-Szene reichte das lange Ohr der Staatsspitzel. Prominente Musiker standen bei Mielke unter Vertrag. Sie sollten den Behörden nicht die Hitparade erklären, sondern Namen von Flucht- und Ausreisewilligen nennen ...

Die Staatssicherheit... verfügte zuletzt über

* 85 000 festangestellte und wenigstens 109 000 inoffizielle Mitarbeiter; sie war zusammen mit der Volksarmee (173 000) größter Arbeitgeber im Lande; ...
* die Daten von etwa einem Drittel ihrer Bürger: Fünf Millionen Namen waren im zentralen MfS-Computer gespeichert. Ein kaum glaubliches Ausmaß von Post- und Telefonkontrolle – in manchen Städten wurde jeder Brief geöffnet, jedes zweite Gespräch mitgehört – mehrte den Informationsstand über Missliebige in den Dateien der Stasi.

Finanziert wurde der Moloch mit zuletzt 3,6 Milliarden Mark jährlich aus dem DDR-Staatshaushalt – und damit von den Opfern ...

Hartmut Palmer / Rainer Pörtner / Harald Schumann: Schild und Schwert der Partei. DER SPIEGEL, 6/1990, S. 50–82.

**5. Leider vorzügliche Arbeit**

Eine Woche bevor die erste offizielle ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Bonn eröffnet werden soll, hat der inoffizielle ständige Vertreter der DDR beim Bundeskanzler seinen Platz räumen müssen. Im Vorzimmer von Willy Brandt im ersten Stock des Bonner Palais Schaumburg residierte bis zu seiner Verhaftung am vergangenen Mittwoch Günter Guillaume, 47, persönlicher Referent des Kanzlers für Parteiangelegenheiten, Hauptmann der Nationalen Volksarmee der DDR und Mitarbeiter des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – ein Mann, der alles wusste.

Guillaume, geführt von der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS, Abteilung “BRD-Parteien”, Unterabteilung “SPD”, war darauf angesetzt, die größte Regierungspartei, ihren Vorsitzenden Willy Brandt und die Regierungszentrale im Bundeskanzleramt auszuforschen. Er erfüllte seine Aufgabe umfassend und gewissenhaft – seit 1970. Der bieder wirkende SPD- und SED-Genosse, von den zuständigen Bundesbehörden nach drei Sicherheitsüberprüfungen für die Stufe “streng geheim” lizenziert, kannte mit Ausnahme speziell militärischer Vorgänge nahezu alle Bonner Regierungsgeheimnisse: vom üblichen Genossen-Knies in der SPD-Baracke bis zum Streit zwischen den Spitzen-Sozialdemokraten Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner, von der Taktik für Brandts Verhandlungen mit Kreml-Chef Breschnew bis zur Bonner Marschroute für die Verhandlungen mit der DDR.

Personelle Veränderungen im Kabinett oder in der Ministerial-Bürokratie konnte er noch vor der offiziellen Bestätigung in der Ministerrunde so früh nach Ost-Berlin melden, dass die DDR-Dienste rechtzeitig und unauffällig ihre Agenten auf die neuen Konstellationen in Bonn einstellen konnten.

Günter Guillaume hörte alles, sah alles, war immer dabei. Die DDR war über Gedanken des Kanzlers, über Interna der Bundesregierung und der SPD rascher und umfassender unterrichtet als die Mehrheit der Bonner Minister und Spitzen-Sozialdemokraten. Ein Experte aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz: “Kein Gespräch unter Spitzenpolitikern der Regierung in Bonn, bei dem er nicht dabei war oder von dem er nicht Genaues hätte erfahren können.”

Nach Erkenntnis der Verfassungsschützer ist der Fall Guillaume das größte Spionage-Spektakel seit Bestehen der Bundesrepublik ... Noch nie war es einem gegnerischen Geheimdienst gelungen, einen Agenten so hoch in der Regierungshierarchie zu platzieren. Ein ranghoher Verfassungsschützer: “Guillaume ist eine dicke Nummer. Das war leider vorzügliche Arbeit Ost-Berlins.” […].

Fall Guillaume: *“*Leider vorzügliche Arbeit”. DER SPIEGEL, 18/1974, S. 19

\*\*\*

***Vedlegg 6–11***

**6. Kommunalwahl, 7. Mai 1989. DDR-Bürger fordern im Mai 1989 Demokratie ein**

Für den 7. Mai 1989 waren in der DDR Kommunalwahlen angesetzt. Die Propagandamaschine lief wie gewohnt auf vollen Touren. Glückliche Bürger lächelten von Plakaten: “DDR – mein Vaterland!” ...

Niemand hatte bis 1989 gewagt, der SED-Führung und den ihr unterstellten Staatsorganen direkt nachzuweisen, dass sie Wahlergebnisse vorsätzlich fälschten ... Umso erstaunlicher die Zahl der Kommunen und Wahllokale, in denen sich am Abend des 7. Mai 1989 Bürger einfanden, um die Auszählung der Stimmen zu überwachen. Sie kamen aus den unter dem Dach der Kirche agierenden Bürgerrechtsgruppen wie auch aus einem (eher autonomen) linken Spektrum ... Allein in den drei Ost-Berliner Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Mitte wurden von der Staatssicherheit in 131 Wahllokalen “derartige Personen” registriert ... In Leipzig wurde von unabhängigen Bürgern die Auszählung der Stimmen in über 160 Wahllokalen überwacht. Gleiches geschah aber auch in Dresden, Rostock, Erfurt, Weimar, Jena, Plauen und vielen anderen Orten des Landes ...

Eindeutige Fälschung

Die Ergebnisse der Überprüfung waren eindeutig. In nahezu allen Fällen konnte den Behörden Wahlfälschung nachgewiesen werden. Dabei hatte die SED-Führung schon klammheimlich “Zugeständnisse” an die Stimmung in der Bevölkerung gemacht: Das offiziell verkündete Endergebnis der Wahlen wies mit 1,15 Prozent den höchsten Anteil an Nein-Stimmen in der Geschichte der DDR auf. Blieben aber immer noch 98,85 Prozent Zustimmung für die Kandidaten der Nationalen Front (bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von 98,78 Prozent). Dies widersprach deutlich den Ergebnissen der autonomen Wahlbeobachter. Die Differenz zu den offiziellen Angaben betrug in einigen Orten bis zu zehn Prozent...

Maßnahmeplan gegen Bürgerproteste

Was waren die Folgen für die Betroffenen?

Ein Beispiel: Am 29. Mai 1989 wurden die beiden Mitglieder der Berliner “Koordinierungsgruppe Wahlen”, Katharina Härtung und Norbert Burczyk, die ebenfalls Anzeige wegen Wahlfälschung erhoben hatten, von ihren Arbeitsplätzen abgeholt und in die Rathäuser ihres Stadtbezirkes gebracht. Dort wurden beide vor das Ultimatum gestellt, entweder bis 24 Uhr auszureisen oder ein Ermittlungsverfahren in Kauf zu nehmen. Beide lehnten das Ansinnen ab ... Am 30. Mai gegen 11 Uhr wurde Katharina Härtung erneut zugeführt. Schon um 13 Uhr befand sie sich in West-Berlin. Norbert Burczyk hält sich versteckt ...

Ungeachtet solcher Einschüchterungsversuche wurden die Proteste landesweit fortgesetzt. Die Berliner Wahlüberprüfer beschlossen, mit ihrem Protest in die Öffentlichkeit zu gehen ... Trotz großen Aufwandes gelang es der Staatssicherheit nie, die Demonstrationen gänzlich zu unterbinden ... Tatsächlich hatten sich ... verstärkte Ansätze einer oppositionellen Bewegung herausgebildet.

*Bernd Lindner: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90 (Auszug). In: bpb-Printpublikation aus der Reihe ZeitBilder. Bonn: 2001, S. 23.*

**7. Motive ausreisewilliger DDR-Bürger**

Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit vom 9. September 1989: Als wesentliche Gründe/Anlässe für Bestrebungen zur ständigen Ausreise werden angeführt:

* Unzufriedenheit über die Versorgungslage;
* Verärgerung über unzureichende Dienstleistungen;
* Unverständnis für Mängel in der medizinischen Betreuung und Versorgung;
* eingeschränkte Reisemöglichkeiten innerhalb der DDR und nach dem Ausland;
* unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
* Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
* Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit Bürgern;
* Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.

*V. Gransow / K.H. Jarausch (Hg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt. Köln: 1991, S. 58 f.*

8. Hartmut Zwahr: Angst überwunden

Jeder, der teilnahm, hat Angst überwunden. Diese Überwindung in so kaum erwarteter Entscheidung veränderte das Kräfteverhältnis; es hat am Ende auch die bewaffnete Macht veranlasst, sich gegenüber dem Politbüro zu verweigern, das heißt die Konfrontation mit dem Volk nicht zu suchen, sondern zu verhindern. Sie hätte in einer Tragödie geendet. Eine Blutschuld wollten die Verantwortungsträger nicht auf sich laden. Auch sie haben beim Zustandekommen dieser Sicherheitspartnerschaft Angst überwinden müssen.

Die Moral der Kampfgruppenangehörigen war zu diesem Zeitpunkt zusammengebrochen, soweit sie überhaupt zum Einsatz erschienen und nicht schon am Nachmittag nach Hause gegangen waren. Der Kommandeur, Ingenieur: “Ich kann sagen, dass dieser Einsatz ein Wendepunkt in meinem Leben war. Das, was wir am Schwanenteich (an der Oper) vorfanden, war für uns eine einzige Ernüchterung.” Es war eine Weltuntergangsstimmung. “Wir haben uns gesagt, wir werden uns nie wieder so benutzen lassen von einer Parteiführung.” Leipzigerinnen waren beherzt auf die Kampfgruppen-Männer zugegangen, hatten zu reden begonnen, “sie gefragt, ob sie, die Demonstranten, wie Chaoten oder Staatsfeinde aussähen und ob sie denn tatsächlich auf uns eingeschlagen hätten?” ...

Die Demonstration verlief friedlich, die Sicherheitskräfte griffen nicht ein. Wer konnte diegeballte Staatsmacht, die demonstrativ in Leipzigs Zentrum aufgezogen war, zurückgezogen haben? ... Die Entscheidung dürfte in den Stäben von Polizei und Armee gefallen sein. Letztlich aber siegte die Friedfertigkeit in ihrer Massenhaftigkeit auf den Straßen. Vor ihr ließ die innerlich brüchige Macht die Waffen sinken. Irgendetwas zerbrach an diesem Abend tief innen, und so fiel am Ende das Ganze wie ein Kartenhaus zusammen ... Bevor der Einzelne in den Massenruf “Wir sind das Volk!” einstimmte, musste er die Straße betreten, und das bedeutete, vom “Bürgersteig” auf die Fahrbahn gehen, sich in die nicht genehmigte Demonstration einreihen, in Kauf nehmen, dabei gesehen zu werden. Es gab viele, die am Straßenrand stehen blieben, zögerten ... Wer in dem Menschenstrom auf dem Leipziger Ring mitgegangen ist an diesen Montagen seit dem 2. und dem 9. Oktober, begriff seine Schritte an der Seite der vielen anderen als Selbstbefreiung und den Wiedergewinn der eigenen Würde. Die Menschen redeten plötzlich miteinander über Politik, den Zustand ihrer Betriebe, über ihre

Hoffnungen und Ängste. Sie teilten sich mit. Die Entladung der Gefühle fand aus einem tiefen Gedemütigtsein heraus statt.

*Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen: 1993, S. 99 f. und S. 102.*

9. Neues Forum: Gründungsaufruf Aufbruch 89

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein ...

Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krankfeiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur.

Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden.

Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

* dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt,
* dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden. Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen Neues Forum.

*Gründungsaufruf Aufbruch 89 – Neues Forum, 10. September 1989, maschinengeschrieben. Haus der Geschichte, Bonn, EB-Nr.: 1990/6/104.*

10. Erklärung des Politbüros der SED vom 11. Oktober 1989: Der Sozialismus ist die Zukunft

Der Sozialismus ... ist die Zukunft der heranwachsenden Generation ... Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer großangelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, dass sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht missachtet. Mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik glaubten imperialistische Kräfte, den geeigneten Zeitpunkt gefunden zu haben, um mit einer hasserfüllten Kampagne ihrer Massenmedien Zweifel am Sozialismus und seiner Perspektive zu verbreiten ...

Wir werden auch künftig nicht zulassen, dass die Macht der Arbeiter und Bauern, dass die Werte, Ideale und Errungenschaften des Sozialismus angetastet werden ... Die Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR lösen wir selbst – im sachlichen Dialog und im vertrauensvollen politischen Miteinander ...

*“Neues Deutschland”, 12. Oktober 1989, S. 1.*

**11. Günther Heydemann:** Gründe für den Zusammenbruch der DDR

Die DDR, der Staat der SED, ist aus mehreren, unterschiedlichen Gründen zusammengebrochen. Hier muss zwischen äußeren und inneren Faktoren differenziert werden. Tatsächlich veränderten sich die Existenzbedingungen der DDR durch die Politik Gorbatschows grundlegend. Der von ihm eingeschlagene Weg zu einer Reform des “real existierenden Sozialismus” im Zeichen von Perestrojka und Glasnost stieß bei der Führungsspitze der SED auf Ablehnung und damit zu einer auch für die DDR-Bevölkerung unübersehbaren Distanzierung von der Sowjetunion, die bis dahin, zumindest in der Propaganda, den primären Maßstab und Bezugspunkt gebildet hatte. Die Betonung der Eigenständigkeit der DDR und damit des “Sozialismus in den Farben der DDR” ... ließ den SED-Staat aber auch gegenüber den reformbereiten “sozialistischen Bruderstaaten” Polen und Ungarn auf Distanz gehen. Damit zeigte er nur umso krasser die eigene Erstarrung und Reformunfähigkeit auf. Noch entscheidender war aber, dass mit dem fundamentalen Politikwechsel in der UdSSR durch Gorbatschow die bis dahin existente Bestandsgarantie der DDR durch die Sowjetunion aufgegeben wurde; damit stand erstmals ihre eigenstaatliche Existenz zur Disposition. Das Nichteingreifen sowjetischer Streitkräfte ... 1989/90 in der DDR besiegelte faktisch ihr Ende.

Die internen Gründe des Zusammenbruchs des SED-Staats sind noch vielfältiger. Zu keiner Zeit war das mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht von der KPD/SED errichtete Herrschaftssystem demokratisch legitimiert. Zudem war und blieb die DDR immer nur ein Teilstaat einer Nation und stand mit dem anderen deutschen Teilstaat Bundesrepublik Deutschland in fortwährender Konkurrenz, der wiederum für die Partei wie für die Bevölkerung auf allen Ebenen Vergleichsmaßstab blieb.

Ebenso wenig gelang es, ein leistungsfähiges Wirtschaftssystem zu errichten, das international wettbewerbsfähig war und mehr als nur die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen konnte. Aus dieser ökonomischen Ineffizienz resultierte spätestens ab Mitte der siebziger Jahre eine gleich bleibend hohe Verschuldung, die mit eigener Kraft nicht mehr zu bewältigen war, auch und nicht zuletzt deshalb, weil ... [die] nicht mehr finanzierbaren sozialpolitischen Leistungen beibehalten wurden.

Mit den wachsenden Wirtschafts- und Versorgungsproblemen nahm auch der innenpolitische Druck zu. Ab Mitte der achtziger Jahre klafften Anspruch und Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus in der DDR immer mehr auseinander, die Ideologie des Marxismus-Leninismus verlor rapide an Überzeugungskraft. Die spürbare Erstarrung des Systems wurde in allen Bevölkerungsschichten bis in die SED hinein registriert. Die Zahl oppositioneller Gruppen im Schutz der Kirchen wuchs, noch mehr nahm die Zahl der Ausreisewilligen zu. Mit dem massenhaften Exodus von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern, die ihr Land im Spätsommer 1989 verließen und verlassen wollten, war letztlich das Ende des SED-Staats besiegelt – ein Staat, dem die eigenen Menschen davonliefen, besaß keine Existenzgrundlage mehr.

Günther Heydemann: Entwicklung der DDR bis Ende der achtziger Jahre. In: Deutschland in den 70er/80erJahren, Informationen zur politischen Bildung, Heft 270, 1. Quartal 2001, S. 33.